



Hauptstadt-Bulletin

Der Countdown für den Brexit läuft

Die Unsicherheit um die Modalitäten eines Austritts Großbritanniens aus der Europäischen Union geht weiter. Zuerst lehnte das britische Unterhaus den mit der EU ausgehandelten Vertrag mit eindeutiger Mehrheit ab. Dennoch soll Premierministerin Theresa May nach dem danach überstandenen Misstrauensvotum weiterhin verantwortlich für einen geordneten Austritt sein. Nun steht die Frage im Raum, ob ihr genau das bis zum 29. März 2019 gelingen wird – dem offiziellen Austrittsdatum. Zwei Möglichkeiten stehen nun im Raum. Entweder stimmt das britische Unterhaus einem in kleinen Details geänderten neuen Vertrag zwischen Großbritannien und der EU zu. Oder es kommt zu einem Austritt ohne vertragliche Regelungen über die zukünftige Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich. Die kommenden Wochen werden entscheidend für das Schicksal Großbritanniens und der EU sein.



Armin Schuster MdB
Im Deutschen Bundestag
Für den Wahlkreis
Lörrach-Müllheim

Bundestagsbüro
Tel.: 030 227 – 71005
Fax: 030 227 – 76606
E-Mail: armin.schuster@bundestag.de

Wahlkreisbüro
Tel.: 07621 – 4258033
Fax: 07621 – 4258033
E-Mail: armin.schuster.wk@bundestag.de

Sehr geehrte Damen und Herren,

es war nur noch eine Frage der Zeit, bis das Bundesamt für Verfassungsschutz gar nicht mehr umhin kam, die Partei Alternative für Deutschland näher unter die Lupe zu nehmen. Es ist politisch ein sehr heikler, ein schmerzhafter Vorgang, wenn eine im Bundestag vertretene Partei zum Prüf- und sogar Verdachtsfall für den Verfassungsschutz wird. Aber allein aus juristischer Sicht haben erhebliche Teile der AfD so zahlreiche Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen geliefert, dass die Entscheidung kaum anders ausfallen konnte. Selbst der AfD-eigene Gutachter hatte der Partei ja kürzlich eindringlich eine Mäßigung empfohlen. Aber ganz unabhängig von der Beobachtung durch den Verfassungsschutz - der Programmatik der AfD wohnt auch eine Europafeindlichkeit inne, die eine nicht zu unterschätzende Gefahr birgt. Der Begriff "Dexit" gehört mittlerweile zum Stammvokabular von AfD-Funktionären. Ein Austritt aus der Europäischen Union gehört zum rechten, nationalistischen Gedankengut dieser Partei ohne Zweifel dazu. Es lässt sich also ganz leicht ableiten: Wer die AfD wählt, riskiert einen Zustand wie in Großbritannien. Das ist mit Sicherheit nicht das, was wir für die Zukunft Deutschlands brauchen.

Ihr

AfD unter Beobachtung des Verfassungsschutzes

In dieser Woche hat das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) nach eingehender Prüfung entschieden, die Partei Alternative für Deutschland (AfD) auf ihre Verfassungskonformität zu prüfen. Gestützt wurde die Entscheidung durch über 1.000 Seiten Material, wie Reden, Internetauftritte, Äußerungen bei Twitter, Facebook und anderen sozialen Medien von AfD-Funktionären von der Bundes- bis zur Kreisebene aus dem vergangenen Jahr. Laut BfV hätten sich zahlreiche Anhaltspunkte ergeben, die einen Verstoß gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung darstellten. Nicht in ihren Parteiprogrammen, aber in Äußerungen. Die Jugendorganisation der AfD, Junge Alternative, und der rechte Parteiflügel um Björn Höcke werden darüber hinaus als Verdachtsfälle eingestuft, da es tatsächliche Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche und diskriminierende Äußerungen gegenüber ganzen Migrantengruppen geben soll. Der Zeitraum der Beobachtung durch den Verfassungsschutz ist nicht vorherbestimmt, es soll laut BfV nach zwei Jahren eine Evaluation erfolgen.



Parlamentarisches Patenschafts-Programm für Schüler

Amerikanische Stipendiatinnen und Stipendiaten des Parlamentarischen Patenschafts-Programms der Bundesrepublik Deutschland und der USA kamen zu Besuch ins Wahlkreisbüro von Armin Schuster. Im Mittelpunkt stand das gegenseitige Kennenlernen: Familie Frankfurter aus Rheinfeldern mit Blake Clark, Familie Henneberger aus Lörrach mit Melanie Ramirez, Familie Bühler aus Schliengen mit YuYan Zhang und Familie Tar aus Kandern mit Jenova Kempkes. In einem munteren Gespräch tauschten sie sich über die Erfahrungen der amerikanischen Schülerinnen und Schülern und der Gasteltern aus. „Ich bedanke mich bei den Gasteltern, die es unseren amerikanischen Gästen ermöglichen, diese einmaligen Erfahrungen machen zu dürfen“, so der Bundestagsabgeordnete.

Sichere Herkunftsstaaten beschlossen

Mit großer Mehrheit hat der Deutsche Bundestag der Einstufung der Maghreb-Staaten Algerien, Marokko und Tunesien sowie Georgien zugestimmt. Mit dem Gesetz, das anschließend vom Bundesrat beschlossen werden muss, sollen Asylverfahren von Staatsangehörigen dieser Staaten schneller bearbeitet werden können. Im Anschluss an eine Ablehnung des Asylantrags soll der Aufenthalt der Antragsteller in Deutschland schneller bearbeitet werden können. Der Individualanspruch auf Einzelfallprüfung bleibt dem Gesetzesentwurf zufolge unberührt. Deutschland soll für Menschen, die nicht aus asylrechtlichen Motiven hierherkommen, weniger attraktiv werden. Asylanträge von Menschen aus den vier Ländern hatten eine Erfolgsquote von weit unter fünf Prozent (Georgien 0,8%, Algerien 1,4%, Marokko 2,6%, Tunesien 0,6%). Beispielhaft für das Gesetz wird die Einstufung der Westbalkanstaaten aus dem Jahr 2015 gesehen, die einen erheblichen Rückgang der Asylsuchenden aus diesen Staaten zur Folge hatte.

TERMINHINWEISE

23. Januar 2019

Schülertalkshow „nachgefragt“
19:00 Uhr | Kreisgymnasium Neuenburg

24. Januar 2019

Neujahrsempfang der Industrie- und Handelskammer Schopfheim
17:00 | Schopfheim

25. Januar 2019

Neujahrsempfang CDU Kreisverband Breisgau-Hochschwarzwald und Mittelstandsvereinigung Breisgau-Hochschwarzwald
17:00 Uhr | Müllheim

27. Januar 2019

Jahresfeier der CDU Zell im Wiesental
17:00 Uhr | Zell im Wiesental

25. Februar 2019

Antrittsbesuch bei Bürgermeister Dirk Harscher in Schopfheim
09:00 Uhr | Rathaus Schopfheim